

Apothekertag 2014 Grußwort Kathrin Vogler (MdB)

(es gilt das gesprochene Wort)

(Anrede)

Vielen Dank für die Einladung zum Deutschen Apothekertag, der ich in diesem Jahr erstmals und mit Freude nachkomme.

Vorweg: Ich werde ab und zu verwundert gefragt, warum denn gerade DIE LINKE Politik für die Apothekerinnen und Apotheker machen würde. Aber es ist doch so: Wenn wir uns für eine gute und flächendeckende medizinische Versorgung einsetzen, dann spielen die Apotheken dabei eine wichtige Rolle, und daraus ergeben sich dann einfach Übereinstimmungen mit Ihren berufspolitischen Forderungen - nicht in allen, aber doch in wichtigen Fragen. So setzen wir uns gemeinsam dafür ein, den flächendeckenden Zugang zur Arzneimittelversorgung auch auf dem Lande zu erhalten, die gesundheitlichen Beratungsangebote auszubauen, Arzneimittelfälschungen und Versandhandel zu bekämpfen oder auch die Rabattverträge abzuschaffen.

Lassen Sie mich auf einige Punkte eingehen, die für Sie vielleicht die wichtigsten sind:

Es wird Sie nicht überraschen, dass mit der LINKEN eine weitere Aufweichung des Fremd- und Mehrbesitzverbotes zugunsten von Apothekenketten nicht zu machen ist. Wir freuen uns, dass unsere gemeinsamen Bemühungen der letzten Jahre dazu beigetragen haben, dass auch aus den anderen Parteien vorerst kein weiterer Angriff auf die inhabergeführte Apotheke zu erwarten ist.

DIE LINKE lehnt als einzige Kraft im Bundestag den Versandhandel mit Arzneimitteln ab. Darum haben wir schon mehrfach den Antrag gestellt, ihn zumindest soweit wie möglich zu begrenzen und auch die Pick Up-Stellen zu verbieten. Leider blieben wir mit dieser Forderung allein. Für uns steht die Patientensicherheit im Mittelpunkt, darum lehnen wir den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten genauso wie Werbung für Arzneimittel ab. Zudem stellt der Versandhandel das Haupteinfallstor für Arzneimittelfälschungen dar. Wer die Fälschungen effektiv bekämpfen will, muss beim Versandhandel aktiv werden. Die von der Bundesregierung

geplanten Maßnahmen zur Kennzeichnung insbesondere hochpreisiger Arzneimittel werden dem Problem nicht gerecht.

Statt Versandhandel und Pick Up-Stellen könnten dort, wo keine Apotheke mehr erreichbar ist, Rezeptsammelstellen mit qualifiziertem pharmazeutischem Personal eingerichtet werden. Die Ideen von Bundesminister Gröhe, Apothekenbusse durch die Lande fahren zu lassen, halte ich für eine Bankrotterklärung.

Für uns ist klar, dass die Apothekerinnen und Apotheker ihren Versorgungsauftrag auch weiterhin erfüllen. Dazu gehören aus unserer Sicht neben der Versorgung mit Arzneimitteln auch ein Ausbau der Beratung sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit den verschreibenden Ärztinnen und Ärzten. Hierbei sind gewiss auch aus Ihrer Sicht Verbesserungen möglich, das ist unbestritten. Wir stärken Ihnen dabei gern den Rücken.

Zur Stärkung der Rolle der Apothekerinnen und Apotheker als Arzneimittelfachleute nenne ich mal das Beispiel „Pille danach“. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen im Notfall nicht mehr zum Arzt oder ins Krankenhaus müssen, um das Medikament verschrieben zu bekommen, sondern dass sie direkt zur Apotheke gehen können. Gegebenenfalls können sie sich nämlich auch dort beraten lassen.

Wir sind sicher, dass es in den Apotheken genug Fachkompetenz gibt. Leider ist vor allem die Union bislang der Meinung, dass das nur Ärztinnen und Ärzte könnten. Nächste Woche Donnerstag wird über den Antrag der LINKEN, die PiDaNa aus der Verschreibungspflicht zu entlassen, abgestimmt. Machen Sie sich am besten selbst ein Bild darüber, wer Ihnen da Kompetenz zutraut und wer nicht.

Im Interesse der Patientinnen und Patienten an einer guten Gesundheits- und Arzneimittelversorgung brauchen wir eine gute und umfängliche Beratung durch die Apothekerinnen und Apotheker. Auch im Bereich Prävention sollten wir überlegen, ob die Apotheken da als niedrigschwellige Anlaufstellen eine größere Rolle spielen können.

Dazu müssen wir darüber nachdenken, ob das bisherige Honorarmodell die Beratungs- und Präventionsaufgaben ausreichend abbildet. Wie sich allerdings der Ausbau der Beratungstätigkeit durch Apothekerinnen und Apotheker auch bei der Bezahlung niederschlagen kann, welche Modelle es da geben kann, darüber sollten wir gemeinsam nachdenken und miteinander im Gespräch bleiben, ich glaube, da braucht es einfach noch ein bisschen Kreativität.

Eine Apotheke, die ihren Beratungsauftrag ernst nimmt, braucht auch gutes und motiviertes Personal. DIE LINKE hat dafür gekämpft, dass das Pharmaziestudium in den meisten Standorten gebührenfrei ist. Ich halte es aber für ein Unding, dass die PTA- und PKA-Ausbildung in vielen Bundesländern zu großen Teilen selbst finanziert werden muss. Wenn wir wollen, dass für alle Apotheken auch in der Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht und dass der Beruf attraktiv bleibt, dann darf es keine Ausbildungsgebühren geben und - auch wenn Sie das vielleicht weniger gern hören - auch keine Anfangsgehälter unter den von uns als Mindestlohn geforderten 10 Euro pro Stunde.

Dann zu einem Ärgernis, das zum Dauerbrenner geworden ist: Ich halte es für unerträglich, dass Apothekerinnen und Apotheker, die für die Patientinnen und Patienten eine Leistung erbracht haben, nachträglich ihr Honorar auf Null retaxiert bekommen, wenn es bloß um kleine, leicht zu korrigierende Formfehler geht. Aber nach dem Urteil des Bundessozialgerichts werden die Krankenkassen weiter einen ganz harten Kurs fahren. Ich habe darum vor einem Vierteljahr bei der Bundesregierung angefragt, ob sie hier einen rechtlichen Änderungsbedarf sieht. Leider gibt es aber von der Bundesregierung hier überhaupt kein positives Zeichen. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass Apothekerinnen und Apotheker, die einen Heilberuf erlernt haben, nur noch zu Kostenverwaltern der Krankenkassen werden. Denn die Versorgungssicherheit und der heilberufliche Auftrag dürfen nicht zurückstehen hinter den Sparbemühungen der Kassen.

Zu den OTC-Arzneimitteln: Wir fordern auch, dass alle Medikamente, die therapeutisch sinnvoll sind, in den Leistungskatalog aufgenommen und wieder erstattungsfähig werden. Es ist nicht plausibel, dass gerade viele sehr lang bekannte Arzneimittel, die großen Patientennutzen und geringe Nebenwirkungen haben, nicht von den Krankenkassen bezahlt werden.

Wo wir gerade bei den Krankenkassen sind: DIE LINKE fordert schon seit Jahren: Weg mit diesen intransparenten Rabattverträgen! Die sind nicht nur Ihnen ein Dorn im Auge. Für Millionen Patientinnen und Patienten stellt es ein großes Problem dar, wenn sie wegen der Rabattverträge dauernd andere Pillen einnehmen müssen. DIE LINKE sagt ja zur Preisregulierung und Preissenkung im Arzneimittelbereich, aber dazu wollen wir unter anderem die jetzigen Festbetragsregelungen erweitern und transparenter gestalten. Dieses ganze Durch- und Nebeneinander von gesetzlichen, kollektiv- und selektivvertraglichen Rabatten gehört einfach abgeschafft, so dass Listenpreise

wieder gleich Erstattungspreise werden. Diese Entbürokratisierung lässt dann auch die Apothekerinnen und Apotheker endlich wieder vermehrt ihrem heilberuflichen Auftrag nachkommen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu den Honoraren sagen: DIE LINKE unterstützt die Forderung von ABDA und GKV-Spitzenverband, den Kassenabschlag von 1,77 Euro gesetzlich festzuschreiben. Beide Vertragspartner wünschen eine solche Regelung im Gesetz, und darum ist es für mich unverständlich, dass CDU/CSU und SPD diesen Vorschlag nicht sofort aufgegriffen haben. Ebenfalls nicht so richtig verstehen kann ich, warum die ABDA die völlig berechnigte Forderung nach einer Dynamisierung der Honorare aufgegeben hat. Wir als LINKE finden das nach wie vor richtig und halten daran fest.

Sehr geehrte Damen und Herren, DIE LINKE wird Ihre Leitbild-Diskussion weiter aufmerksam verfolgen und begrüßt insbesondere das grundsätzliche Bekenntnis zur evidenz-basierten Versorgung und zur Weiterentwicklung Ihres Leistungsangebots. Ich wünsche Ihnen fruchtbare Diskussionen und einen erfolgreichen Apothekertag 2014.